

1. Kapitel: Innenansichten eines Krieges

Krieg und Besetzung im Irak sind, entgegen der immer wieder vorgetragenen Auffassung der «Koalition der Willigen», keine humanitäre Aktion. Der irakischen Bevölkerung wurde versprochen, die Invasion und der Sturz des Saddam-Regimes von außen würden zu Demokratie und Freiheit führen. Insbesondere von der US-Regierung wurde es so dargestellt, als ob der Angriff auf den Irak letztlich im Interesse der irakischen Bevölkerung sei.

Am 1.5.2003 hat Präsident Bush das offizielle Ende der Hauptkampfhandlungen im Irak erklärt. Nachdem er mit einer Militärmaschine auf dem US-Flugzeugträger «USS Abraham Lincoln» vor der Küste Kaliforniens gelandet war, reklamierte er in Siegerpose und publicityträchtig den Sieg im Krieg gegen den Irak. Im Hinblick auf die weitere Entwicklung im Irak macht es Sinn, sich Kernpunkte der verführten Siegesrede in Erinnerung zu rufen: «Die Kampfhandlungen im Irak sind weitgehend beendet. In der Schlacht im Irak haben die Vereinigten Staaten und ihre Bündnispartner obsiegt. Und nun ist unsere Koalition dabei, dieses Land zu sichern und wieder aufzubauen. Die Operation «Iraqi Freedom» wurde mit einer Mischung aus Präzision, Geschwindigkeit und Kühnheit ausgeführt, die der Feind nicht erwartet und die Welt zuvor noch nicht gesehen hatte. (...) Als irakische Zivilisten in die Gesichter unserer Soldaten und Soldatinnen blickten, sahen sie Stärke, Freundlichkeit und guten Willen. In den Bildern feiernder Iraker haben wir auch die zeitlose Anziehungskraft der menschlichen Freiheit gesehen. (...) Die Befreiung des Irak ist ein wesentlicher Fortschritt im Feldzug gegen den Terror. Wir haben einen Bündnispartner der Al Qaida beseitigt und den Terroristen den Zugriff auf eine Geldquelle unmöglich gemacht.»¹

Ein Ende des Krieges wurde wie in Afghanistan ausdrücklich nicht erklärt, da sich die US-Regierung ihre Aktionsmöglichkeiten nicht beschränken lassen wollte. Den Krieg offiziell nicht zu beenden stand in der Logik des von der US-Regierung erklärten «langanhaltenden Krieges gegen den Terrorismus», der weder regional begrenzt noch zeitlich befristet ist. Im Hinblick auf Irak bedeutet dies, dass der Krieg erst dann für die USA beendet sein wird, wenn die politischen, wirtschaftlichen und strategischen Interessen, die mit dem Angriffskrieg im Irak und im Nahen Osten erreicht werden sollten, auch erreicht sind.

Unabhängig vom weiteren Verlauf des Krieges und der letztlich zu treffenden Einschätzung der Besetzung haben die USA wesentliche Kriegsziele durch die

1 zit. nach junge Welt 30.4.2005.

Art und Weise der Okkupation des Irak bereits erreicht. Seit Jahren versuchen die USA in einer Art Doppelstrategie, die UNO noch deutlicher als bisher in ihrem Sinne zu benutzen und, wenn dies nicht gelingt, Völkerrecht und UNO in ihrer Bedeutung grundsätzlich in Frage zu stellen. Fast alle der mehr als 250 Kriege, die seit Gründung der UNO im Jahre 1945 weltweit geführt wurden, stellten einen Verstoß gegen völkerrechtliche Standards dar. Doch nie zuvor ist ein Krieg so zielgerichtet, kalkuliert und geplant gegen die Beschlusslage des UN-Sicherheitsrates erfolgt wie im Fall des Irakkrieges 2003. Es ging der USA dabei vor allem darum, die internationale Billigung des eingeforderten Rechts zum Präventivschlag zu erreichen und grundlegend im Bewusstsein der «Weltgemeinschaft» zu verankern. Dies ist letztlich auch erreicht worden. Trotz der taktischen Differenzen über das Eingreifen im Irak z. B. mit Frankreich, Deutschland und Russland hielten sich die «Kriegsgegner» mit Kritik an der Präventivdoktrin und der Einschätzung des Krieges gegen den Irak als völkerrechtswidrig, auffallend zurück. Eine solche klare Einschätzung hätte für die damalige SPD/Grüne-Koalitionsregierung in Deutschland in der Konsequenz bedeuten müssen auch alle Unterstützungshandlungen für den Krieg zu unterlassen. Die Option des militärischen Erstschlags, gegebenenfalls auch ohne UN-Mandat, ist darüber hinaus zwischenzeitlich in verschiedenen Staaten zum Bestandteil der nationalen Militärstrategien geworden, so z. B. in der im Dezember 2003 verabschiedeten neuen Sicherheitsstrategie der EU.

Es ist den USA außerdem gelungen, für die Besetzung des Irak, ohne Mandat der UNO für den zuvor geführten Angriffskrieg, eine «Koalition der Willigen» zusammenzubringen, an der sich letztlich 34 Staaten beteiligten. Diese Koalition hat im ersten Jahr der Besetzung rund 160000 Soldaten im Irak stationiert, wobei die USA alleine 138000 und GB 11000 Soldaten stellten. Auf alle anderen Staaten entfielen nochmals 11000 Soldaten.² Die US-Regierung hat die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen UNO und Weltmacht USA am Beispiel Irakkrieg damit deutlich vorgeführt: Nicht die USA haben sich an internationales Völkerrecht und Beschlusslagen der Weltorganisation zu halten, sondern die USA können, ohne Konsequenzen der Weltorganisation befürchten zu müssen, einen offenen Völkerrechtsbruch begehen und anschließend die UN sogar für ihre Zwecke instrumentalisieren. Die US-Regierung konnte dadurch den Weltherrschaftsanspruch der USA eindrucksvoll umsetzen. Die Definitionsmacht, wer zukünftig als Schurkenstaat eingestuft wird, liegt bei den USA und ergibt sich aus deren Interessenlage. Derjenige, der sich der Interessenlage der USA entgegenstellt, muss – so die Lehre des Irak-Krieges – damit rechnen, dass ihm sogar mit Duldung oder Zustim-

2 Neues Deutschland 2.7.2004.

mung des UN-Sicherheitsrates der Schutz des Völkerrechts versagt wird und er der Aggression des von den USA angeführten «Interventionsimperialismus»³ ausgesetzt wird.

Einen weiteren entscheidenden Punktsieg in der Auseinandersetzung mit den UN konnten die USA durch die Legalisierung der Besatzung und damit in der Konsequenz auch die nachträgliche Legitimierung des Krieges gegen den Irak erreichen. Trotz völkerrechtlicher Bedenken hat sich die UNO letztlich der Macht des Faktischen gebeugt. Durch mehrere Irakresolutionen hat der UN-Sicherheitsrat die aus dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg hervorgegangene und damit ebenfalls völkerrechtswidrige Besatzungsmacht der USA und Großbritanniens im Irak anerkannt.

Am 20. März 2003 begannen die von den USA angeführten Koalitionsstreitkräfte von Kuwait aus den Luft- und Landkrieg gegen den Irak und rückten von Süden in den Zentralirak vor. Bereits Anfang April gelang es der US-Armee, Bagdad einzunehmen. Bei der Stärke und technischen Überlegenheit der US-Armee war von Anfang an klar, dass die irakische Armee der Militärmaschinerie der Invasionsarmeen nicht standhalten kann. Viele Kommentatoren zeigten sich angesichts des Kriegsverlaufes und des Zusammenbruchs der Abwehrfronten des irakischen Militärs innerhalb von 21 Tagen überrascht. Sie berücksichtigten dabei offensichtlich weder die Schwächung des Landes durch die beiden vorangegangenen Golfkriege, die Auswirkungen des mehr als zehnjährigen Embargos, noch die mit Hilfe der UNO vor Kriegsbeginn durchgeführte fast vollständige Entwaffnung des Irak. Denn die USA «haben über ein weitgehend entwaffnetes und ausgeblutetes Land mit einer Barfuß-Armee innerhalb einer geschwächten Region gesiegt.»⁴ Alle im Vorfeld des Krieges von der US-Regierung aufgestellten Behauptungen bezüglich vorhandener Waffensysteme des Irak und insbesondere Einsatzmöglichkeit biologischer Kampfstoffe haben sich als Lüge erwiesen. Diese gründete sich nicht alleine auf unzureichende Informationen der Geheimdienste. Die Öffentlichkeit wurde vielmehr gezielt mit Falschinformationen versorgt und manipuliert, um eine möglichst breite Zustimmung zum Krieg gegen den Irak zu erreichen.

Der schnelle Zusammenbruch des Baath-Regimes war jedoch nicht nur das Ergebnis der Übermacht der britischen und US-Armee, sondern lag auch daran, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, einschließlich der Soldaten, nicht mehr bereit war, das Baath-Regime mit ihrem Leben zu verteidigen. Auch die Aggression von außen und die Appelle der irakischen Regierung, die «nationale Ehre des Irak» zu verteidigen, führten nicht mehr zur Mobilisierung der Be-

3 Der Begriff wurde geprägt von Norman Paech, Professor für Öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg.

4 Kommentar von Emmanuel Todd in: Die Zeit, 24.4.2003.